

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 29. April 2015

HIER SCHREIBT IHRE ABGEORDNETE

Nicht wieder nur mit den Schultern zucken!

„Welcome In“ ist eine Initiative aus Fulda. Die ehrenamtlichen Mitglieder setzen sich für Flüchtlinge ein. Sie bieten Deutschkurse an, geben Rechtsberatung und organisieren kulturelle sowie sportliche Aktivitäten.

Es ließen sich viele ähnliche Beispiele für tolles Engagement für Flüchtlinge in Ost- und Nordhessen aufzählen. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zeigen sich solidarisch und packen mit an. Bei manchem spielt möglicherweise auch noch ein sehr persönlicher Gedanke eine Rolle: „Meine Eltern oder Großeltern waren selbst auf der Flucht.“ Noch vor ein, zwei Generationen waren es zig Europäer, die in Übersee oder in anderen Regionen Europas nach Sicherheit und besseren Chancen suchten. Nicht immer wurden sie mit offenen Armen empfangen, aber stets haben sie zu Neuem beigetragen und durch ihre Abwanderung sowohl ihre Herkunftsländer verändert, als auch ihre neue Heimat geprägt. Solange es Menschen gibt, wird es Migration und Flucht geben. Es liegt an uns, damit verantwortungsvoll umzugehen.

In Europa mislingt uns dieser verantwortungsvolle Umgang derzeit vollkommen. 218 000 Flüchtlinge wählten 2014 den Weg über das Mittelmeer. Viele von ihnen aus den kriegsgeplagten Ländern Syrien, Irak und Afghanistan. 3500 davon fanden unterwegs ihr anonymes Grab. In diesem Jahr werden sich wohl eine halbe Millionen Menschen auf die Reise machen – vielleicht auch mehr. Das ist ein deutlicher Anstieg. Doch die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 die wettbewerbsfähigste Region der Welt zu sein. Eine solch kraftvolle Staatengemeinschaft muss in der Lage sein, verantwortungsvoll mit den Menschen umzugehen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.

Bisher fehlt uns hier ein klarer Kompass. Im Oktober 2013 ergriff Italien im nationalen Alleingang die Initiati-

MARTINA WERNER

fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen.



Die Autorin (53) gehört der SPD an und ist Mitglied des Europäischen Parlaments.

ve und setzte das Seenotrettungs-Programm „Mare Nostrum“ als Reaktion auf ein Flüchtlingsdrama vor Lampedusa ein. Im vergangenen Herbst lief „Mare Nostrum“ aus. An seine Stelle trat die EU-Grenzschutzmission „Triton“, die mit weniger finanziellen Mitteln ausgestattet ist und in einem geringeren Einsatzgebiet operiert. Die 1000 Opfer der Katastrophe vor zehn Tagen waren ein dramatischer Beleg dafür, dass es keine Seenotrettung nach Kassenlage geben darf.

Ein neuer Zehn-Punkte-Plan, vorgeschlagen von der EU-Kommission, orientiert sich jetzt wieder am alten italienischen Ansatz: Das Budget der Triton-Mission wird aufgestockt, die Mitgliedstaaten stellen zusätzliche Schiffe zur Verfügung, gegen Schlepperbanden soll härter vorgegangen werden. Das reicht aber bei Weitem nicht aus. Amnesty International spricht im Zusammenhang mit dem Zehn-Punkte-Plan von einer „verpassten Chance“. Wir müssen vor allem die legalen Wege ausbauen, auf denen Schutzbedürftige nach Europa kommen können. Humanitäre Visa, die Neuan-siedlung von Schutzbedürftigen aus Drittstaaten in der EU oder Schutzverfahren direkt in Vertretungen der Mitgliedstaaten vor Ort sind hier zu nennen. Darüber hinaus benötigen wir eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Staaten. Gerade in diesem Punkt bewegen sich die Mitgliedsländer keinen Schritt. Sie schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu und berufen sich zum Teil auf fehlende Akzeptanz in der Bevölkerung.

An positiven Beispielen wie dem Fuldaer Projekt sieht man jedoch, dass die Bereitschaft da ist, Menschen in Not zu helfen, sofern frühzeitig der Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik gesucht wird. Deswegen dürfen wir nicht einfach so hinnehmen, dass in manchen Hauptstädten der politische Wille fehlt. Unsere Forderungen finden sich aus diesem Grund auch in einer Resolution des EU-Parlaments wieder, die in dieser Woche in Straßburg verabschiedet werden soll. Darin wird eines ganz deutlich: „Wir akzeptieren keine Politik, die sich von einer Schweigeminute zur nächsten hangelt“.

Der Beitrag erscheint im Rahmen unserer Abgeordneten-Kolumne, an der sich im Wechsel die heimischen Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentarier beteiligen und zu einem von fünf vorgegebenen Themen schreiben. Die Themen finden Sie im Internet unter: bit.ly/1EzPh4o